

„Gehirngewaschen dank TikTok“?

Wahldiskreditierung in Sozialen Medien können Demokratieverdrossenheit bei jungen Nutzer:innen fördern. Ein Rückblick auf die Europa- und Landtagswahlen 2024.

Wahlen sind als Idee wie als Beteiligungsform für junge Menschen in ihrer Demokratieerfahrung und -fähigkeit wichtig. Entsprechend nachteilig können Social-Media-Posts und -Kommentare sein, die die Integrität von Wahlen und Wahlverhalten untergraben. jugendschutz.net hat untersucht, inwiefern solche im Kontext der Europawahl und der Landtagswahlen 2024 zu finden waren. Neben Inhalten zu vermuteter oder behaupteter Wahlfälschung und -manipulation fand sich teils herabwürdigende Kritik von Jungwähler:innen aufgrund ihres potenziellen oder realen Wahlverhaltens. Beides kann Minderjährige in ihrer politischen Sozialisation negativ beeinflussen.

Wahlen und Wahlintegrität: Wichtig für die politische Sozialisation junger Menschen

Wahlen spielen eine entscheidende Rolle in der politischen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Sie sind nicht nur grundlegendes Element der Demokratie, sondern auch eine wichtige Gelegenheit, das Bewusstsein für politische Prozesse zu schärfen. Durch Wahlen lernen junge Menschen, dass die Stimme der Bürger:innen zählt und diese sich aktiv an der Gestaltung ihrer Gesellschaft beteiligen können. Wahlkämpfe oder die Diskussion von Wahlergebnissen sind zudem geeignet, Werte wie Verantwortung, Respekt und Toleranz zu vermitteln. Sich mit verschiedenen, auch widersprüchlichen Meinungen auseinanderzusetzen und zu lernen, eigene Standpunkte zu formulieren und gegenläufige Sichtweisen auszuhalten, stärkt die kritische Denkfähigkeit, Urteilkraft und damit die Demokratie- und Gemeinschaftsfähigkeit.

Umgekehrt können Botschaften, die Wahlen und Wählende diskreditieren und attackieren, negative Auswirkung gerade auf junge Menschen haben. Sie können Vertrauen in demokratische Prozesse erschüttern, dafür sorgen, dass sich Jugendliche ausgeschlossen fühlen und ihnen verzerrte Vorstellungen von gesellschaftlicher Realität und Politik vermitteln. **Misstrauen in demokratische Prozesse, gesteigerte Attraktivität populistischer und extremistischer Positionen, Zynismus oder das resignierte Abwenden vom politischen Leben sind mögliche Folgen.**

Als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, befasste sich jugendschutz.net 2024 mit Wahlen als essenzieller demokratischer Einrichtung. Anlass und Ereigniskontext waren die Wahl zum Europäischen Parlament sowie die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sowie in Brandenburg, die in diesem Jahr stattfanden. Bei der Untersuchung ging es allerdings nicht darum, wie Parteien oder Positionen undemokratisch oder gar demokratiefeindlich waren oder agierten. Thema war vielmehr die **Thematisierung von Wahlen und des Wählens selbst und deren Integrität**, soweit sie als potenziell problematisch für die politische Sozialisation für Kinder und Jugendliche zu werten ist. Inwiefern wurden etwa Wahlen, Wahlabläufe und -ergebnisse in Ansehen und Bedeutung gezielt oder unbedacht auf fundamentale Weise in Frage gestellt? Schwerpunkt der Untersuchung waren Posts und Kommentare auf YouTube,

Instagram und TikTok, drei Dienste, die für Minderjährige auch zur Informierung über das aktuelle Weltgeschehen besonders relevant sind (vgl. [JIM-Studie 2024](#), S. 44 f.). Auch Funde auf X (vormals Twitter) und Telegram sowie Inhalte zu früheren Wahlen wurden zu Vergleichszwecken herangezogen.

Zwei große Themenkomplexe konnte jugendschutz.net dabei feststellen:

- Unterstelltes demokratiefeindliches Verhalten politischer Machthaber: Vermeintlich geplanter oder vollzogener Wahlbetrug und das vorgeblich undemokratische Ignorieren des Wählerwillens
- Vorwurf der Unmündigkeit junger Wähler:innen aufgrund ihres Wahlverhaltens

Eher unerheblich dagegen war in 2024 das **grundsätzliche Infragestellen oder Ablehnen von Wahlen** an sich. Derlei war in der Vergangenheit immer wieder bei islamistischen bzw. salafistischen Akteuren zu beobachten, in deren Weltbild es nur Gott zustehe, Gesetze zu erlassen. **Grundlegende Boykothaltungen** bezüglich der Europawahl fanden sich zudem **sehr vereinzelt** in linksextremen Kreisen auf Instagram und Telegram, in denen die Europäische Union mit ihren Organen als kriegstreiberisches, kapitalistisches und imperialistisches Gebilde gilt. Diesem seien jegliche Unterstützung und Legitimierung mittels Wahlbeteiligung zu versagen.



Kommunistische Ablehnung der EU und damit der Europawahl, nicht zuletzt aufgrund der prorussischen Perspektive auf den Ukrainekrieg (Quelle Telegram).

Wahlbetrugsphantasien und Vorwürfe von undemokratischem Verhalten

In vor allem rechtspopulistischen und verschwörungsdenkerischen Kreisen wurde, wie schon in den vergangenen Jahren und anschließend an die Gerüchte und Falschbehauptungen Donald Trumps von der gestohlenen US-Präsidentschaftswahl 2020, das Narrativ der Wahlmanipulation gestreut. Das betraf die Zeit vor, während und nach der Wahl.

„Wahlbetrug“ ist dabei ein **zentrales Element rechtspopulistischer Weltbild**. Nach dieser müssten Wahlen manipuliert oder Stimmergebnisse gefälscht sein. Denn nur so lasse sich – neben vermeintlicher Gehirnwäsche breiter Teile der Bevölkerung – erklären, weshalb sich das „Volk“ mit seinem einheitlich gedachten Willen bzw. entsprechende Positionen und Parteien nicht gegen „die“ korrupte, egoistische „Elite“ bei den Urnengängen durchsetzen würden.

Im Vorlauf auf die Europa- und ostdeutschen Landtagswahlen wurde entsprechend vor Betrugs- und Manipulationsversuchen



Aufruf zu Wahlbeobachtungen und Gerede über Wahlbetrugsversuche schon im Vorfeld (Quelle: TikTok, Original unverpixelt)

gewarnt und zur Achtsamkeit ermahnt. Auf TikTok riefen Nutzer:innen auf, Ungereimtheiten zu melden. Privatpersonen inszenierten sich als selbsternannte „**Wahlbeobachter:innen**“.



Quelle: TikTok, Original unverpixelt

In dieser Rolle und in der festen Erwartung, Hinweise auf Betrug zu finden, meldeten sie vermeintliche Unregelmäßigkeiten bzw. „Belege“ bei der Wahl in Sozialen Medien. Als Beweis gewertet und zu skandalisieren gesucht wurde auch, dass Wahlleiter:innen solche Wahlbeobachter:innen wegen ihres ordnungsstörenden Verhaltens der Wahllokale verwiesen. Rechtsextreme und rechtspopulistische Content-Creator:innen trugen solche Mutmaßungen, Spekulationen und weitere dem Narrativ vom Wahlbetrug dienliche Informationsfetzen zusammen, um im **Gestus des Enthüllungs- und Sensationsjournalismus** zu „berichten“ oder „aufzudecken.“

Wie schon bei vorherigen Wahlen fungierte der **Kugelschreiber** als eine Art Symbol des Widerstands gegen unterstellte Wahlbetrugsversuche: Jeder solle, so der Aufruf, ein solches Schreibgerät mitbringen, um damit die Kreuze auf dem Wahlschein zu machen. Bei Bleistiften, die nach diesem Gerücht extra dafür in Wahlkabinen ausgelegt seien, könne nämlich durch Ausradieren die Kreuze auf dem Stimmzettel heimlich geändert werden. Wahlskeptiker:innen zeigten dementsprechend Kugelschreiber auf TikTok und teilten die Information von tatsächlich vorgefundenen Bleistiften als Bestätigung der eigenen Verschwörungsannahme.



Quellen: TikTok, Original unverpixelt

In diesem Stimmungsklima wurden ironische Posts, mit denen sich User:innen über die übersteigerten Verdächtigungen in Sachen Wahlbetrug lustig machten, ernst genommen und Anlass zur Empörung. Ein Nutzer behauptete etwa, als Europawahlhelfer Wahlzettel pro Alternative für Deutschland (AfD) ungültig zu machen, ohne, dass AfD-Wahlbeobachter:innen dies mitbekämen. Auch erkennbar absurde Übersteigerungen und Einordnungen verhinderten nicht, dass solche Inhalte als dreistes Zurschaustellen von Betrugsverhalten gewertet und weiterverbreitet wurden. Die Reaktionen veranlassten sogar die Bundeswahlleiterin zu einer Klarstellung. (Näheres zu dem Fall [HIER](#).)



Reaktionen auf die Korrektur der Sächsischen Auszählungsergebnisse
(Quelle: Instagram, im Original unverpixelt)

Nach den Wahlen und angesichts der Erfolge von AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verlor das Thema Wahlbetrug schnell an Bedeutung. Lediglich etwa die Korrektur der offiziellen sächsischen Wahlergebniszahlen zuungunsten der AfD und deren parlamentarischer Sperrminorität wurden als entsprechende Fingierung kritisiert, ironisch kommentiert und etwa als Ausdruck scheindemokratischer Inszenierung wie ehemals in der DDR gedeutet. Anlass für Manipulationsvermutungen gab es auch angesichts des Zugewinns der SPD-Stimmen in Brandenburg gegenüber den deutlich niedrigeren Wahlprognosen und Stimmzahlen der Europawahl.

Allerdings gab es hier auch vielfach **Vorwürfe schlicht undemokratischen Verhaltens durch die „Altparteien“**. Diese hätten sich in Brandenburg quasi verschworen, um die SPD gegen die AfD an der Macht zu halten. Ebenso kritisierten v.a.

Rechtspopulist:innen, dass Koalitionen mit der AfD in den Landtagen trotz deren Wahlerfolg kategorisch ausgeschlossen wurden. Dies ignoriere den Wählerwillen und unterlaufe vorgeblich Grundsätze der Demokratie.

Junge Nutzer:innen, die sich in Sozialen Netzwerken zu den Themen Europa- oder Landtagswahl informieren wollten, fanden sich somit schnell mit populistisch-verschwörungsdenkerischen Deutungsweisen und Behauptungen konfrontiert. Diese stellten die Abstimmungen als bloße Inszenierung zur Täuschung oder Manipulation der Bevölkerung dar. Der Vorschlagsalgorithmus wie die Bezugnahme der einzelnen Videos untereinander erzeugten besonders auf TikTok **Meinungsblasen**, in denen Wahlfälschung als Gewissheit galt. Besonders Jugendliche, die bereits selbst verschwörungsdenkerischen und populistischen Sichtweisen anhängen, konnten sich darin bestärkt sehen. Doch auch die Deutungsweise, Absagen an eine Koalition mit der AfD seien aufgrund ihres hohen Wahlergebnisses „undemokratisch“, wirkte potenziell negativ auf die wahrgenommene Integrität von Wahlen. Wahlergebnisse wurden nämlich so zum Gegenstand strategisch-manipulativer Winkelzüge erklärt. Das erzeugte ein falsches Bild vom freiheitlich-demokratischem Parlamentarismus und seinen Werten, die keine Pflicht zur Koalition mit einer Partei z.B. im Sinne eines Mehrheitsdiktats kennt.

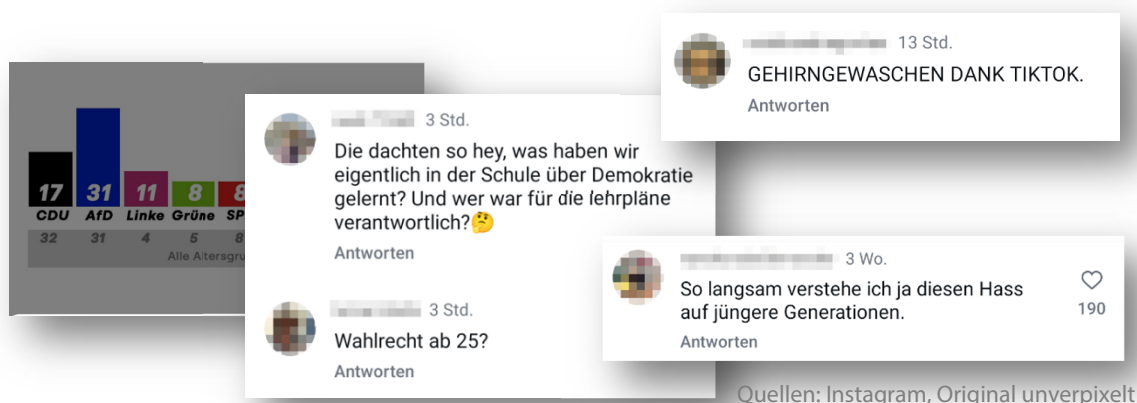


(Quelle: Instagram, im Original unverpixelt)

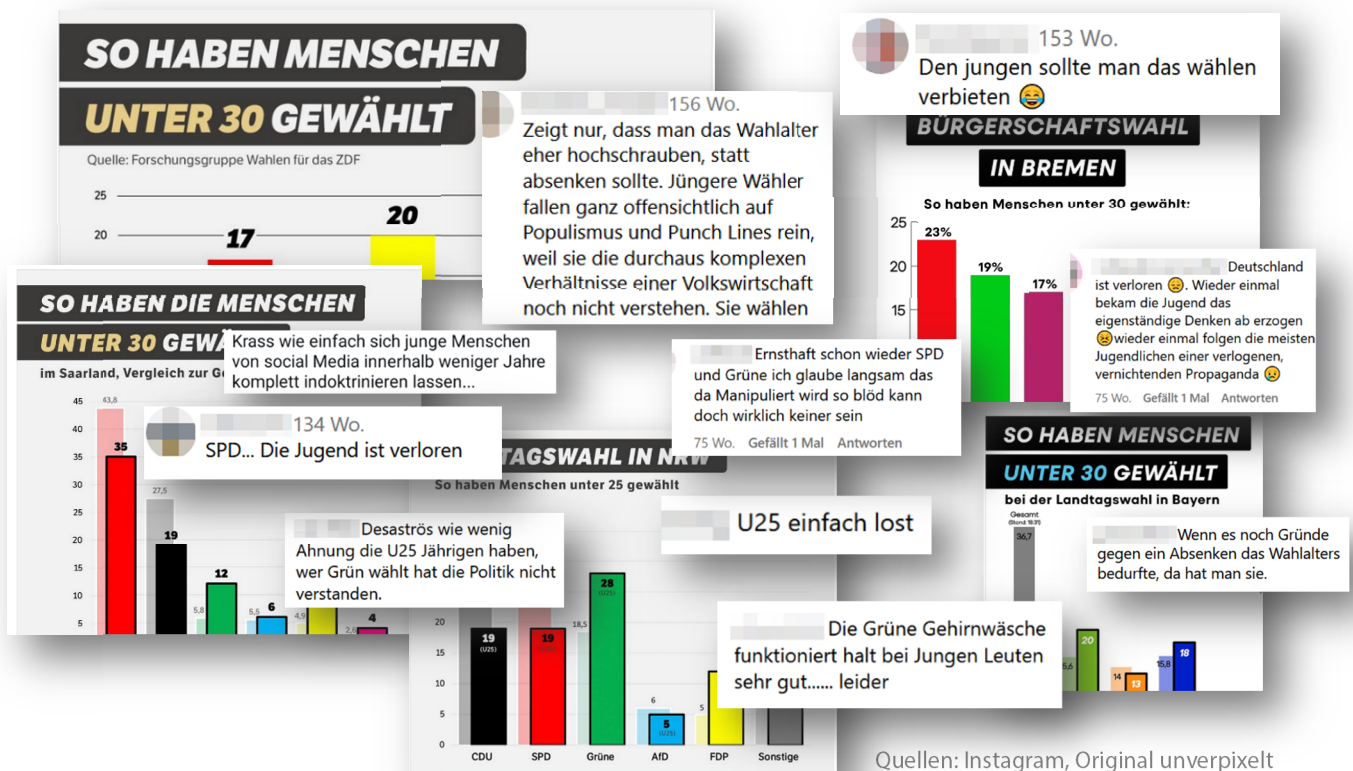
Junge Wähler:innen werden für unmündig erklärt und herabgewürdigt

Die Europawahl und die Landtagswahlen 2024 waren geprägt durch einen Zugewinn von Stimmen für die AfD besonders unter jüngeren Wähler:innen. Neben allgemeinen (implizit oder explizit historisch begründeten) Sorgen, Ängsten und Untergangsvisionen kritisierten Nutzer:innen Jugendliche und junge Erwachsene aufgrund von Berichten über ihr Wahlverhalten, aber auch wegen ihrer erfragten Wahltenzend. So konnten Jugendliche schon ab 16 Jahren bei der Europawahl und der Landtagswahl in Brandenburg abstimmen, jedoch auch im Rahmen der außerschulischen Bildungsinitiative [U18-Wahl](#) quasi virtuell wählen. [In Sachsen votierten dabei 34,5 % der teilnehmenden Minderjährigen für die AfD; in Thüringen 37,4 %.](#)

Auf Online-Auftritten z.B. von Funk, dem Content-Netzwerk von ARD und ZDF für junge Menschen, sahen sich Minderjährige angesichts dieser wie der realen Wahlergebnisauswertungen für Jungwähler:innen mit Herabsetzungen konfrontiert. Ihnen wurde in den Kommentarspalten nicht nur fehlende Bildung attestiert, sondern man erklärte sie zu **Opfern einer „Gehirnwäsche“ durch Soziale Medien** und vor allem TikTok, wo die AfD und ihre Anhänger:innen besonders aktiv gewesen waren. Neben mangelnder Reife oder gar Unfähigkeit in Sachen politischer Meinungs- und Willensbildung wurde jungen Menschen damit unterstellt, Beeinflussungen im Internet (darunter auch legitimer Wahlwerbung) völlig hilflos ausgeliefert zu sein. Entsprechend sahen viele das **Absenken des Wahlalters**, soweit geschehen oder diskutiert, **als Fehler** und forderten eher gar dessen Heraufsetzung.



Diese Attacken gegen junge oder künftige Wähler:innen waren zwar in 2024 besonders zahlreich und vehement, aber nichts Neues. **Schon früheren** beschimpften Nutzer:innen Mitbürger:innen unabhängig vom Alter u.a. als ignorant oder verblendet, wenn diese andere und sogar gegenläufige politische Auffassungen vertraten und entsprechende Parteien wählten. Das zeigt sich u.a. an vergleichbaren Instagram-Infoposts von Funk zu Wahlen der vergangenen Jahre. So wurden bereits **angesichts der hohen Stimmenanteile für SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP** bei Bürgerschafts- und Landtagswahlen sowie bei der Bundestagswahl 2021 **Jungwähler:innen** als u.a. egoistisch, generell aber **als unreif oder** (z.B. „linksgrün“) **indoktriniert abqualifiziert**.



Eine Kritik am Wahlverhalten mag unabhängig von der Parteipräferenz sachlich begründbar und als Meinungsäußerung selbst statthaft sein. Die pauschalisierende Herabsetzung gerade jüngerer, auch potenzieller bzw. künftiger Wähler:innen kann Minderjährige von demokratischen Prozessen der Meinungs- und Willensbildung distanzieren oder sie zu Protesthaltungen verleiten. Hier sind andere Formen, Missbilligung auszudrücken und Wahlverhalten zu problematisieren, empfehlenswert. Dies etwa, indem nach den Motiven für die Hinwendung zu einer Partei gefragt wird. Das geschah auch 2024, allerdings nur vereinzelt und oftmals lediglich rhetorisch. So wurde in den Sozialen Medien **fast ausschließlich über junge Menschen statt zu oder gar mit ihnen gesprochen**. Von den Jung- und Erstwähler:innen oder schlicht „den Jungen“ war in der Regeln nur in der dritten Person die Rede, selbst, wenn das Angebot sich primär an sie richtete. Minderjährige erfuhren sich damit als bloßes Objekt der Kritik oder der Diagnose, dem kein echter Platz in Sozialen Medien als öffentlichem politischem Raum eingeräumt wurde. Mehr Dialogmöglichkeiten und -bereitschaft sowie Anregungen, Jungwähler:innen selbst als demokratisch Beteiligte zu Wort kommen zu lassen, wären begrüßenswert, um einer Wahl- und Demokratieverdrossenheit vorzubeugen.



Kompetenznetzwerk
gegen

Hass im Netz

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.